Die Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke als politische Forderung und die deutschen politischen Parteien in der Vorkriegszeit.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

Vorgelegt im Mai 1923 von

Wilhelm Sonntag

aus Seehausen Kreis Wanzleben

Referent: Prof. Dr. Aubin.

AUSZUG

Halle a. d. S. / 1924.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde der deutsche Bergbau aus den engen Fesseln des Direktionsprinzips befreit. Die Bergbaufreiheit, die zu diesem Zeitpunkt eingeführt wurde, ebnete dem privaten Bergbau den Weg zu seiner Entfaltung und Bedeutung. Dem Eisen und der Kohle war der Weg zur Macht freigegeben Erst von da ab konnte das Problem einer Bergbauverstaatlichung überhaupt in die Erscheinung treten. Die politische Forderung nach Verstaatlichung des Steinkohlenbergbaus aber wurde zunächst noch nicht erhoben. Das geschah erst weit später. Welche politischen Parteien bis zum Ausbruch des Krieges die Forderung nach der Verstaatlichung des Steinkohlenbergbaus erhoben, wie die übrigen Parteien sich dazu stellten, und welche Aenderungen der Ansichten sich im Laufe der Zeit ergaben, das bildet den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Die Forderung nach Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke wird heute durchweg als rein sozialistische angesehen. Das ist sie aber nicht immer gewesen. Im Gegenteil! Noch gegen Ende des vorigen Jahrhunderts lehnte die sozialdemokratische Partei als Vertreterin der schroffsten Opposition und getreu ihrer antistaatlichen Einstellung eine Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke kathegorisch ab. Mit der Zeit wuchs jedoch die politische Macht der Partei zusehends und damit auch ihre Verantwortung. Und mit deren Anwachsen musste notwendig die grundsätzliche Oppositon schwächer werden. Der Ablehnung jeder Verstaatlichung wurde damit der Boden entzogen. Die Forderung nach der Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke fand denn auch in der Partei immer mehr Vertreter. Besonders energisch aber wurde sie propagiert, seitdem der Hauptsteinkohlenproduzent Deutschlands, der Ruhrbergbau, straff organisiert war, (1893) und seit der Kohlennot des Jahres 1900. Nun lag aber der Schwerpunkt der politischen Macht der Partei im Parlament des Reiches und nicht in denen der Einzelstaaten. Demgemäss konnte für die Partei natürlich nur ein Uebergang der Gruben an das Reich in Frage kommen, Nur eine solche Verstaatlichung wurde denn auch von der Partei mehr oder minder nachdrücklich bis zum Ausbruch des Krieges gefordert.

Die gleiche Entwicklung ist auch bei dem alten Bergarbeiterverband zu beobachten, der der sozialistischen Partei sehr nahe stand. Nur war hier der Uebergang von der Ablehnung der Verstaatlichung zur Forderung derselben etwas langwieriger.

Im Reiche hatte sich vor dem Kriege die sozialdemokratische Partei allmählich eine starke Machtposition errungen. In Preussen dagegen war sie bedeutungslos. Hier war immer noch die konservative Partei massgebend. Sie war auch diejenige Partei aus deren Kreisen zuerst der Ruf nach Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke laut wurde. Schon in den Jahren von 1880—1900 wurde verschiedentlich von Konservativen die Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke verlangt. Die eigentliche politisohe Forderung wurde jedoch auch in der konservativen Partei erst erhoben, als sich die Kohlennot im Jahr 1900 in weiten Kreisen bemerkbar machte, und als die Macht des Kohlensyndikats infolgedessen besonders evident wurde. Eigentlicher Träger der Forderung war damals der rechte Flügel der Partei, der schon an sich stark industriefeindlich eingestellt war. Jedoch auch in der Mitte der Partei fand der Gedanke Freunde. Doch trat hier die Forderung bei weitem nicht so schroff zu Tage. Gegen Ende der Vorkriegszeit wurde die Forderung immer weniger betont. Schliesslich wurde sie, wohl infolge der inzwischen erfolgten Annäherung zwischen Montanindustrie und Grosslandwirtschaft, ganz fallen gelassen.

Innerhalb der liberalen Parteien hat die Forderung nach der Verstaatlichung der Steinkohlenbergwerke nie feste Form angenommen. Wohl warf die zeitweise heftige Gegnerschaft zwischen Fertig- und Montanindustrie ihre Schatten auch bis in die Parteien. Sie führte sogar einmal zu der offenen Erklärung für die Verstaatlichung seitens der Vertreter der Fertigindustrie (1904). Trotzdem kann von der Erhebung der politischen Forderung von und in den liberalen Parteien keine Rede sein.

Die einzig durchgehend konsequente Ablehnung der Verstaatlichung finden wir nur im Zentrum. Das konnte auch infolge der Zusammensetzung der Partei aus den verschiedensten wirtschaftlichen Gruppen nicht anders sein. Gerade diese Zusammensetzung nämlich nötigte die Partei immer wieder zu Kompromissen. Gerade sie liess die Aufstellung von schroffen politischen Forderungen, wie sie die nach der Verstaatlichung darstellt, nicht zu. Die christlichen Bergarbeiter nahmen unter dem Einfluss des Zentrums dieselbe Haltung ein. Auch von den polnischen Bergarbeitern wurde die Forderung immer strikte abgelehnt.

Von sämtlichen deutschen politischen Parteien haben demnach in der Zeit vor dem Krieg nur die sozialdemokratische und die konservative die Forderung nach der Verstaatlichung des Steinkohlenbergbaus erhoben. Und auch von beiden wurde die Forderung nicht durchgehend vertreten sondern nur für eine kurze Zeitspanne bezw. von einem bestimmten Zeitpunkt an.

Buchdruckerei Hermann Busch, Seehausen Kr. W.